



Kfz-Gewerbe hofft auf Trendwende beim Diesel

Neue Diesel-Motortechnik scheint das Vertrauen der Kunden in die Antriebstechnik zurückzubringen, freut man sich beim Kraftfahrzeuggewerbe Rheinland-Pfalz e.V.. Wie das Statistische Landesamt mitteile, lag der Diesel-Anteil der Pkw-Neuzulassungen in Rheinland-Pfalz 2018 zwar bei 29,3 Prozent. Im letzten Quartal 2018 sei der Anteil der Diesel-Fahrzeuge an den Pkw-Neuzulassungen in Rheinland-Pfalz aber erstmals seit drei Jahren wieder drei Monate in Folge gestiegen. Laut der Statistik des Kraftfahrtbundesamts habe der Anteil der Selbstzünder an den rheinland-pfälzischen Pkw-Neuzulassungen im September 2018 nur bei 26 Prozent gelegen. Die Trendumkehr erfolgte dem Kfz-Gewerbe-Verband zufolge im Oktober mit 29,4 Prozent, setzte sich im November mit 30,4 Prozent fort – und mauserte sich im Dezember auf immerhin 34,3 Prozent.

Verbandspräsident Hans Werner Norren sieht die Steigerungen vor allem in der neuen Euro-VI-Technik begründet. „Inzwischen kommen immer mehr Euro-VI-Diesel auf den Markt, bei denen die Kunden sicher sein können, dass sie von Fahrverboten nicht betroffen sind. Das Vertrauen in den Diesel wächst wieder“, sagt Norren. Ob die Trendumkehr nachhaltig ist, müsse sich aber erst noch zeigen, so Norren weiter. „Möglicherweise haben auch die Verkäufe an Gewerbekunden zum Anstieg beigetragen, für die es im vergangenen Jahr aufgrund der WLTP-Umstellung einige Rabatte gab.“

Mehr Frauen bei Land und Kommunen

Wie hat sich die Beschäftigungssituation von Frauen im öffentlichen Dienst von Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren verändert? Welche Fortschritte wurden erreicht? Wo gibt es weiter Handlungsbedarf? Wie sieht die Altersstruktur im Landesdienst aus? Das sind nur einige von vielen Fragen, denen der erste Zwischenbericht 2018 zu Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) nachgeht.

Der Zwischenbericht zeige, dass der Frauenanteil in den vergangenen Jahren in der Landes- und Kommunalverwaltung von 45 Prozent im Jahr 2004 auf 55 Prozent im Jahre 2017 kontinuierlich angestiegen sei. „Der Landesdienst ist jung und weiblich“, freut man sich im Frauen- und Familienministerium. Bei der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen liege der Frauenanteil bei 64 Prozent, bei den 30- bis 34-Jährigen bei 60 Prozent. „Das ist erfreulich“, so Frauenministerin Anne Spiegel, „wenn gleich es nach wie vor Bereiche gibt, bei denen großer Handlungsbedarf besteht. So sind Frauen in den höheren Entgelt- und Besoldungsgruppen immer noch unterrepräsentiert. Im außertariflichen Bereich und in der Besoldungsgruppe A 16 findet sich nur ein Frauenanteil von 27 Prozent.“

Die Frauenministerin ergänzt, dass daher eine regelmäßige Berichterstattung zum Stand der Gleichstellung ein wichtiges Instrument für die Weiterentwicklung einer geschlechtergerechten Politik sei. „Damit sind die Gleichstellungsberichte und die konsequente Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes gleichzeitig Leitbild und wichtiger Impulsgeber für die Weiterentwicklung der rheinland-pfälzischen Gleichstellungspolitik“, erklärt Spiegel.

In jeder Legislaturperiode berichtet die Landesregierung über den Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Landes- und Kommunalverwaltung in Rheinland-Pfalz. Als Ergänzung zum nächsten Bericht zur Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 2022 erstellt das Frauenministerium jährlich zusammen mit dem Statistischen Landesamt einen Zwischenbericht. Der aktuelle Zwischenbericht kann auf der Homepage des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz unter <http://FrauenImOeffentlichenDienst.rlp.de> abgerufen werden.

Verantwortung für die Lehrlinge der Zukunft übernehmen

NACHWUCHS: In Mainz wurden 191 Hörakustiker aus ganz Deutschland in den Meisterstand erhoben

VON ANDREAS SCHRÖDER

Eine lange Zeit harter Arbeit, Stress und Entbehrungen hat heute ein glückliches Ende. Wenn ich mich umschaue, sehe ich viele Gesichter, die Zufriedenheit und Stolz ausstrahlen. Das können Sie auch sein, denn wer so viel Herzblut in seine Bildung und Arbeit steckt, bekommt auch viel zurück“, begrüßte Hans-Jörg Friese, Präsident der Handwerkskammer Rheinhessen, Anfang Februar die 191 frisch gebackenen Jungmeister im Hörakustiker-Handwerk in Mainz. Marianne Frickel, Präsidentin der Bundesinnung der Hörakustiker (Biha), selbst erfahrene Hörakustiker-Meisterin, sprach das Grußwort und überbrachte die Glückwünsche von Vorstand und Delegierten der Biha. „Dieser Tag gehört Ihnen, sehr geehrte Meisterinnen und Meister“, sprach sie die Absolventen direkt an. Sie betonte den Stellenwert des Meistertitels in Deutschland und Europa, denn die Qualifikation ist europaweit anerkannt. Da die Biha in Mainz ihre Geschäftsstelle hat, legen zwei Drittel aller Hörakustiker unter Aufsicht der Mainzer Kammer ihre Meisterprüfung ab. Um diesem Umstand und der großen Anzahl der Jungmeister gerecht zu werden, veranstalten die Handwerkskammer Rheinhessen und die Biha seit 2014 eine eigene Meisterfeier für das Gewerk.

Frickel, Friese und Dr. Thomas Gebhart, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium und Festredner des Abends, zeigten Sie einig, dass das Hörakustiker-Handwerk ein Beruf mit Zukunft ist. Zum einen handle es sich um ein anspruchsvolles Gewerk, das Technik, Gesundheit und den Umgang mit Menschen verbinde. Zum anderen trügen der demografische Wandel und die gestiegenen Ansprüche an die Lebensqualität im Alter dazu bei, dass die Nachfrage nach den Leistungen von Hörakustikern nicht nachlasse.



Kammerpräsident Hans-Jörg Friese erhebt die Junghandwerker nach alter Sitte in den Meisterstand

Marianne Frickel nutzte ihr Grußwort aber auch, um den Jungmeistern ihre Verantwortung in Erinnerung zu rufen: „Unser Handwerk ist vorbildlich in Ausbildungsqualität, in der Zahl der Auszubildenden, in der Zufriedenheit unserer Kunden. Das übergeben wir nun Ihnen. Sie sind die Zukunft unseres Handwerks und verantwortlich für die zukünftige Ausbildung der Lehrlinge.“ Das sei eine anspruchsvolle Aufgabe. Die Hörakustik sei ein „gefahrenreines Gesundheitshandwerk“, denn Hörakustiker arbeiten mit und direkt am

Menschen. Fehlende Ausbildung im Zusammenhang mit einer Hörsystemversorgung könne gesundheitliche Folgen für den Versorgten nach sich ziehen. Deswegen gelte im Hörakustik-Handwerk die ständige Meisterpräsenz. „Nur die Meisterpräsenz kann die sehr gute Versorgungsqualität sichern“, betont Marianne Frickel.

Ausbildungsquote von 20 Prozent

Im Ausbildungsjahr 2018/2019 durften sich die Hörakustiker über 3.200 Auszubildende in 2.350 Unternehmen mit 6.600 Betriebs-

stätten bundesweit freuen. Das Gewerk hat eine Ausbildungsquote von 20 Prozent. Der Anteil der Abiturienten und Frauen unter den Auszubildenden ist überdurchschnittlich hoch. Nach Schätzungen des Verbandes gibt es derzeit 3,5 Millionen Träger von Hörhilfen in Deutschland, zirka 1,9 Millionen Menschen dürften laut Biha ebenfalls Bedarf haben, sind aber noch nicht mit einem Hörgerät versorgt. Allein im Jahr 2018 wurden 1,36 Millionen Hörhilfen laut Zahlen des Bundesverbands der Hörgeräte-Industrie an Patienten abgegeben.



Biha-Präsidentin Marianne Frickel (l.) und Gesundheitsstaatssekretär Dr. Thomas Gebhart (r.) überbringen den Jungmeistern ihre Glückwünsche



Wirtschafts- und Wohnraumförderung der ISB legen deutlich zu

BILANZ: Landeseigene Förderbank legt Zahlen für 2018 vor – Betriebsmitteldarlehen besonders gefragt

Die Wirtschaftsförderung der landeseigenen Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) hat im Jahr 2018 stark zugelegt. Das gab die Spitze der Bank rund um Wirtschaftsstaatssekretär Dr. Stephan Weinberg, Vorsitzender des Verwaltungsrats der ISB, und ISB-Vorstandssprecher Ulrich Dexheimer Anfang Februar bekannt. Das Volumen der Wirtschaftsförderung habe sich um 30 Prozent auf 333,2 Millionen Euro erhöht. Die Anzahl der Förderzusagen ist um acht Prozent gewachsen. Der Großteil dieses Wachstums geht auf die Investitions- und Betriebsmitteldarlehen der ISB zurück. Hier betrug das Wachstum 35 Prozent. Hauptnutznießer dieser Sparte sind das Dienstleistungsgewerbe mit 47,9 Prozent und der Bereich Kultur, Soziales, Gesundheit und Sport mit 18,8 Prozent des Volumens. Der Anlagen- und Maschinen-

bau liegt mit 6,2 Prozent auf einem weit abgeschlagenen dritten Platz. Der Bau kommt auf 3,6 Prozent des Fördervolumens und die Kfz-Branche auf 2,5 Prozent.

Die Bilanzsumme der ISB ist von 2017 auf 2018 von knappen 9,2 Milliarden Euro auf gute 8,3 Milliarden Euro gesunken. Dieser Rückgang komme nicht unerwartet und sei nicht bedenklich, so Dexheimer und Weinberg. Die ISB zieht sich seit einiger Zeit bewusst aus dem Kommunalgeschäft außerhalb von Rheinland-Pfalz zurück, um auf die Anforderungen neuer und möglicherweise anstehender Regularien für Förderbanken zu reagieren.

Auch bei der Wohnraumförderung der Bank gab es 2018 erhebliche Zuwächse von insgesamt 47 Prozent. Besonders gut wurde das Wohneigentumsprogramm nachgefragt: Mit Darlehen in Höhe von 165,6

Millionen Euro (plus 84 Prozent) hat die ISB 1.959 Wohneinheiten gefördert. Hinzu kommen Tilgungszuschüsse in Höhe von 8,4 Millionen Euro. Das Volumen zur Förderung von Mietwohnungen ist im vergangenen Jahr insgesamt zwar leicht (von 66,5 Millionen Euro auf 60,5 Millionen Euro einschließlich Tilgungszuschüsse sowie Zuschüsse für den Erwerb von allgemeinen Belegungsrechten) gesunken. Es wurden damit jedoch 999 Wohneinheiten (2017: 845 Wohneinheiten) gefördert. „Wir bewegen uns im Mietwohnungsprogramm auf hohem Niveau“, erläuterte Staatssekretär Weinberg. „Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum in Städten und Ballungsgebieten kann oft wegen fehlender Grundstücke und ausgelasteter Kapazitäten der Handwerker nicht komplett befriedigt werden.“

Aufgrund der „stabilen Konjunkturaussichten und der bedarfsgerechten Produkte“ gehe die ISB sowohl in der Wohnraum- als auch in der Wirtschaftsförderung für 2019 von einem konstant hohen Neugeschäft aus. Vor dem Hintergrund der sinkenden Betriebsergebnisse durch Niedrigzinsen, Pensionslasten und steigenden Regulierungskosten haben Finanz- und Wirtschaftsministerium gemeinsam mit dem ISB-Vorstand bereits 2017 beschlossen, mithilfe externer Berater ein Zukunftskonzept für die ISB zu entwickeln. Ziel sei es, die Bank „perspektivisch ertragreicher und zukunftssicher aufzustellen“. Nach einer „Grobanalyse“ wurden bis Ende 2018 „in diversen Handlungsfeldern neue Geschäftsfelder, Produkte und Produktmodifikationen“ identifiziert, die in den nächsten drei Jahren umgesetzt werden sollen. AS

INTERVIEW

„Man muss sich auf bestimmte Regeln einigen“

Bauunternehmer Tim Gemünden spricht im Interview über den Einsatz der BIM-Methode im Handwerk

Das Thema Building Information Modeling – landläufig unter dem Kürzel BIM bekannt – stößt im Handwerk auf unterschiedliche Reaktionen. Während einige Betriebe die Chancen nutzen wollen, die die fortgeschrittene und integrierte 3D-Planung im Bauwesen mit sich bringt, fürchten andere Unternehmer die zusätzlichen Anforderungen, die der Standard der Zukunft für ihren Betrieb bedeutet. Im Dezember sprach der rheinhessische Bauunternehmer Dipl.-Ing. Tim Gemünden beim Treffen des BIM-Clusters Rheinland-Pfalz in den Räumen der Handwerkskammer Koblenz über den Einsatz der Methode im Handwerk. Dem DHB erläuterte Gemünden den aktuellen Stand der Dinge in seinem Betrieb und führte aus, was BIM gerade für kleiner Handwerksbetriebe in naher Zukunft bedeutet.

DHB: Herr Gemünden, was bedeutet BIM in ihrem Unternehmen?

Gemünden: BIM bedeutet für uns, dass die Planung nach einem gewissen Regelsatz gemacht wird. Dabei entsteht ein 3D-Modell des Gebäudes, das mit Datensätzen hinterlegt ist. Wenn ich zum Beispiel eine Wand habe, habe ich für diese Wand alle Eigenschaften hinterlegt: Dicke, Material, Dämmung außen, Rohdichte und so weiter. Diese Daten kann ich auswerten und weiß sofort, wie viele Stunden ich brauche, um die Wand zu bauen und was ich dafür benötige bis runter zur Artikelnummer.

DHB: Jetzt muss man dazusagen, dass Sie nicht der typische Handwerksbetrieb sind.

Gemünden: Wir sind nicht nur reiner Handwerker, sondern Projektentwickler. Das heißt, wir haben den BIM-Planungsprozess mit bei uns im Haus. Wir stehen am Anfang und am Ende des Prozesses. Während der normale Handwerksbetrieb nur die Anweisungen der Planenden entgegennimmt, geben wir den Planern Anweisungen, was wir von ihnen benötigen.

DHB: Wie muss man sich das vorstellen?

Gemünden: Wir haben eigene Architekten. Wenn wir einen externen Architekten

einsetzen, dann bekommt dieser externe Architekt einen ganzen Satz von Regeln mit, nach dem er sein Modell zu bauen hat. Nur, wenn ich diesen fest vordefinierten Regelsatz habe, können alle, die später in der Produktionskette kommen, etwas mit seiner Arbeit anfangen.

DHB: Das war bereits das zweite Mal, dass Sie die Bedeutung fester Regeln betonen...

Gemünden: Das Hauptproblem bei BIM liegt darin, dass die einzelnen Programmpakete in der Kompatibilität untereinander noch längst nicht so weit sind, dass man da beliebig mit anderen kollaborieren könnte. Man muss sich auf bestimmte Produkte und Regeln einigen, sonst klappt die Zusammenarbeit nicht. Es gibt keine Normung.

DHB: Seit wann arbeiten Sie mit BIM?

Gemünden: Vor zirka zehn Jahren haben wir mit den ersten BIM-Prozessen angefangen. Seit zwei Jahren laufen die Projektentwicklungen unserer Schwesterfirma J. Molitor Immobilien GmbH ausschließlich über BIM. Das gilt natürlich nicht, wenn wir nur Malerarbeiten in einem Bestandsobjekt haben. Aber sobald richtig gebaut wird, ist es ein BIM-Prozess. Es gibt auch Bauteile, die werden nicht modelliert. Zum Beispiel ein Treppengeländer. Das machen wir weiter von Hand. Das ist uns zu viel Fuddelkram.

DHB: Wie definieren Sie „Fuddelkram“?

Gemünden: Wenn der Aufwand, das Bauteil zu modellieren, größer ist als der Ertrag. Denken Sie an das Geländer, das von Hand geschweißt wird oder zum Beispiel an Zimmererarbeiten. Hier verarbeiten die Zulieferer unsere Planung noch immer von Hand, deshalb lohnt das 3D-Modell nicht. Dachstühle planen wir daher auch noch immer von Hand. Das würde sich ändern, wenn wir Zulieferbetriebe hätten, die das Geländer oder den Dachstuhl maschinell fertigen und unsere Datensätze direkt in ihre Maschinen einspielen könnten. Dann würde es sich lohnen, auch diese Teile zu



Tim Gemünden spricht in Koblenz über BIM im Handwerk

modellieren. Aber so weit sind die Betriebe noch nicht.

DHB: Wie viele ihrer Leute arbeiten mit BIM?

Gemünden: Wir haben drei Planer und zwei Mengermittler. Also fünf Leute, die nur 3D-Planung machen. Die Anzahl der Leute, die bei uns damit arbeiten, wird in den kommenden Jahren exponentiell zunehmen. Die Benefits werden ja erst sichtbar, wenn die Methode wirklich etabliert ist. Aber der große Knall, dass BIM auch in der Fertigung ankommt, lässt noch auf sich warten.

DHB: Wie läuft das dann auf der Baustelle?

Gemünden: Immer noch mit ausgedruckten Plänen.

DHB: Und das Bild vom Facharbeiter mit dem Tablet auf der Baustelle...

Gemünden: Davon sind wir noch meilenweit entfernt. Das Ganze entwickelt sich ja erst noch und wir haben die kritische Masse noch nicht erreicht.

DHB: Welche Betriebe müssen sich denn aus Ihrer Sicht mit BIM beschäftigen?

Gemünden: Für einen Betrieb mit acht Mann sehe ich das im Moment noch nicht. Da müsste der Inhaber fit genug sein und das BIM-Know-how selbst mitbringen. Aber er muss eben auch das fachliche und kaufmännische Know-how haben. Das ist nicht leistbar. Wenn ich im Betrieb eine Produktion habe, wenn ich zum Beispiel ein Metallbauer bin und mit einem Fünf-Wege-Roboter das oben genannte Geländer günstiger produzieren kann als jemand, der es von Hand schweißt, dann lohnt es sich aus meiner Sicht, sich mit BIM zu beschäftigen. Denn dann kann man den Roboter ja mit den Daten füttern. Wenn ich aber keine Produktion habe, wenn ich ein Maler bin oder ein Fliesenleger, der auf der Baustelle Standardteile verbaut, dann brauche ich mich auf absehbare Zeit nicht mit BIM beschäftigen.

DAS INTERVIEW FÜHRTE ANDREAS SCHRÖDER



Ministerium startet Online-Befragung zur Mobilität

Verkehrsminister Dr. Volker Wissing habe mit dem Start einer Online-Befragung zum Thema Mobilität „die erste Runde für die Entwicklung eines Konzepts zur Mobilität der Zukunft eingeläutet“, gibt man sich seitens des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW) selbstbewusst. Der Minister rufe die Bürgerinnen und Bürger aus Rheinland-Pfalz auf, sich an der Umfrage zu beteiligen und ihre Mobilitätsanforderungen und Wünsche mitzuteilen.

„Bei der Entwicklung eines Mobilitätskonzeptes der Zukunft stehen die Anforderungen unserer Bürgerinnen und Bürger an erster Stelle. Die Online-Befragung soll uns Hinweise darauf geben, wie die Mobilität der Zukunft für Rheinland-Pfalz gestaltet werden sollte“, sagte Verkehrsminister Dr. Volker Wissing zum Start der Befragung. „Ich wünsche mir, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger beteiligen“, sagte der Minister.

Die Umfrage sei der erste Schritt im Projekt „Mobilitätskonsens 2021“. In einem breit angelegten Beteiligungsprozess soll über die zukünftigen Mobilitätsfragen und ein Konzept für Rheinland-Pfalz diskutiert und beraten werden. „Neue Technologien, die Digitalisierung, veränderte Prioritäten der Nutzer oder die Anforderungen des Klimaschutzes verändern unser Verkehrssystem. Viele bereits existierende Konzepte konzentrieren sich auf den städtischen Raum und sind für ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz mit ausgeprägten ländlichen Räumen nicht geeignet. Wir wollen eine eigene Lösung finden“, sagte Wissing.

Der Mobilitätskonsens 2021 wird neben den Themen Mobilität auf dem Land und Mobilität in der Stadt auch die Schwerpunkte Zukunftstechnologien und Digitalisierung sowie Güter und Logistik berücksichtigen. Neben der Online-Befragung wird es regionale Mobilitätsforen geben, in denen Vertreter von Unternehmen, Gesellschaft und Politik ihre Sicht einbringen. Das erste Forum findet am 18. März in Mainz statt. Ebenso wird es ein eigenes Format für Jugendliche geben.

Es sei wichtig, dass auch Unternehmen, Schülerinnen und Schüler und Auszubildende ihre Stimme einbringen, erklärte Wissing auf Anfrage des DHBs. Wirtschaft, Infrastruktur und Mobilität stünden seit jeher in engem Zusammenhang – sei es der Weg zu Arbeit, zur Ausbildungsstelle oder der Gütertransport. „Die fünf Regionalforen, die ergänzend zur Umfrage im März landesweit starten, bieten hierzu eine hervorragende Möglichkeit. Sie schaffen den richtigen Rahmen für einen fachlichen Austausch aller relevanten Akteure einer Region – auch die Handwerkskammern sind zu den Foren eingeladen. Ein Jugendforum wird sich speziell den Bedürfnissen und Wünschen Jugendlicher an die zukünftige Mobilität widmen“, so Wissing.

Als Dankeschön für ihr Engagement können Teilnehmer an der Befragung an einer Verlosung teilnehmen. Wer das möchte, gibt am Ende der Befragung Namen und Anschrift an. „Diese Daten werden ausschließlich für die Verlosung genutzt und nicht mit Ihren Antworten in Verbindung gebracht“, so das Ministerium. Die fünf Gewinnerinnen oder Gewinner können sich entweder über ein Fahrsicherheitstraining beim ADAC oder über einen 150-Euro-Gutschein der Deutschen Bahn freuen. Die Verlosung findet am 18. März statt.

Die Online-Befragung ist freigeschaltet und zu erreichen über befragung.mobilitaetskonsens-rlp.de. AS/MWVLW

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de

DGB und LVU uneins bei der Bewertung von Teilzeitarbeit

ARBEITSMARKT: Ist die Teilzeitarbeit Symptom prekärer Verhältnisse oder eine gerne genutzte Option berufstätiger Familien?

„Die Beschäftigungsentwicklung ist nicht so rosig, wie immer getan wird“, betonte Dietmar Muscheid Anfang Februar in Mainz. Im Rahmen einer Pressekonferenz zum Thema „prekäre und atypische Beschäftigung“ kritisierte der Vorsitzende des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland die Stagnation bei der Entwicklung sogenannter „normaler Beschäftigungsverhältnisse“, den Anstieg von Teilzeitbeschäftigung, geringfügiger Beschäftigung und bei der Leiharbeit. Die Antwort von Arbeitgeberseite ließ nicht lange auf sich warten: Der DGB rede „systematisch die Entwicklung am Arbeitsmarkt schlecht“ und zeichne „ein Zerrbild der Realität“, lies Werner Simon, Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung der Unternehmerverbände (LVU), bereits zwei Stunden nach der DGB-PK verkünden.

Dreh und Angelpunkt der Kritik des DGB ist eine Definition von normalen Beschäftigungsverhältnissen, nach der diejenigen normal beschäftigt sind, die mit ihrem Job „sich selbst und andere Angehörige versorgen können“. Deren Anzahl sei zwischen 2007 und 2017 kaum gewachsen und habe 2017 bei 951.000 im Jahresmittel gelegen. Der viel gefeierte Zuwachs in den Beschäftigungszahlen der vergangenen Jahre



Dietmar Muscheid



Werner Simon

gehe „fast ausschließlich auf einen Anstieg der prekären und atypischen Beschäftigung zurück“, so Muscheid. So sei die Zahl der Teilzeitbeschäftigten zwischen 2007 und 2017 um 64,5 Prozent, die Zahl der Leiharbeiter um 65 Prozent und die Zahl der im Nebenjob geringfügig Beschäftigten um 51 Prozent angestiegen. Auch befristete

Anstellungsverhältnisse seien weiter ein Problem. Wie viele der Arbeitnehmer in Teilzeit sich bewusst und freiwillig für diese Beschäftigungsvariante entschieden hätten, könne man den Daten aber nicht entnehmen. Für Muscheid wird aus den Zahlen dennoch deutlich, dass viele Menschen von ihrem Vollzeitjob nicht leben können oder

erst gar keinen Vollzeitjob bekommen. Besonders Frauen seien betroffen. „Der Teilzeitbereich ist weiblich, mit allen Konsequenzen, die das nach dem Berufsleben mit sich bringt.“

DGB will Tarifverträge ausweiten

Der DGB-Chef hinterfragte daher Praxis, die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter als Hauptindikator für die Entwicklung des Arbeitsmarktes zu nutzen. Als „konkrete Maßnahmen“ schlägt der DGB unter anderem vor, die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen auszuweiten, sachgrundlose Befristungen von Anstellungsverhältnissen abzuschaffen und den Mindestlohn so auszustatten, „dass Menschen davon leben können“.

LVU-Chef Simon widersprach der Kritik Muscheids vehement. Der Anstieg im Teilzeitbereich sei politisch gewollt und im Kontext von Arbeit und Familie zu sehen. Muscheid skandalisierte die Leiharbeit, so Simon, obwohl diese nur 2,5 Prozent aller Beschäftigten betreffe und ein wichtiges Sprungbrett in den ersten Arbeitsmarkt sei. Und die Forderung, die Tarifbindung zu erhöhen, sei „ein Armutszeugnis“ für die Gewerkschaft und untergrabe die Tarifautonomie. AS